

**DIE LINKE  
Fraktion im Dresdner Stadtrat**

Dr.-Külz-Ring 19  
01067 Dresden

Telefon 0351 – 488 2822

Telefax 0351 – 488 2823

E-Mail [fraktion@dielinke-dresden.de](mailto:fraktion@dielinke-dresden.de)

Web [www.linke-fraktion-dresden.de](http://www.linke-fraktion-dresden.de)

Antrag Nr.: A0251/21

Datum: 04.08.2021

## **A N T R A G**

**Fraktion DIE LINKE.**

### **Gegenstand:**

Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben verbessern

### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat bekräftigt das Ziel, dass der Zuschuss zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben durch das Bildungspaket von möglichst vielen Leistungsberechtigten auch tatsächlich genutzt wird.

Dazu beauftragt er den Oberbürgermeister,

1. die Leistungsberechtigten intensiver als bisher über die Möglichkeiten dieser Leistung zu informieren und hierbei auch das Jobcenter stärker einzubeziehen,
2. bei allen kommunalen oder kommunal geförderten Angeboten, bei denen Kostenbeiträge der Nutzer:innen erforderlich sind, die auch über diese Leistung geltend gemacht werden können, die Leistungsberechtigten darüber zu informieren,
3. Möglichkeiten zu prüfen, wie Leistungsberechtigte mit geringerem Aufwand die Leistungen erhalten können,
4. eine Satzung zu erarbeiten und dem Stadtrat bis Jahresende 2021 vorzulegen, wie diese nach § 28 Abs. 7 SGB II [analog § 6 BKGG, § 34 SGB XII und §§ 3 Abs. 4, 2 Abs. 1 AsylbLG) festgelegte Leistung von 15 Euro monatlich (180 Euro pro Jahr) kommunal so ergänzt werden kann, dass das angestrebte Ziel einer Verbesserung der sozialen und kulturellen Teilhabe erreicht wird. Vorzusehen ist eine maximale Höhe je Leistungsberechtigten von 120 Euro p.a. (summarisch 300 Euro). Hiermit sollen ergänzende sächliche Materialien oder übersteigende Mitgliedsbeiträge gezahlt werden. Leistungsbegründend ist die Vorlage einer bewilligten Bildungs- und Teilhabeleistung.

**Beratungsfolge***Plandatum*

Ältestenrat		nicht öffentlich	beratend
Dienstberatung des Oberbürgermeisters		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Soziales und Wohnen		nicht öffentlich	1. Lesung
Ausschuss für Bildung (Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen)		nicht öffentlich	beratend
Jugendhilfeausschuss		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Soziales und Wohnen		nicht öffentlich	beratend (federführend)
Stadtrat		öffentlich	beschließend

**Begründung:**

Als eine der unterstützenden Leistungen im Bildungs- und Teilhabepaket soll die Leistung zur Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft Kosten reduzieren, die den Familien durch eben diese Teilnahme ihrer Kinder am sozialen und kulturellen Leben entstehen. Hierfür stehen je Kind in den leistungsberechtigten Familien 15 Euro im Monat zur Verfügung, die auch kumuliert werden können, beispielsweise für die Teilnahme an einer Ferienfahrt. In Dresden wurden für die über 12.000 leistungsberechtigten Kinder und Jugendlichen aber nur in knapp 3.400 Fällen Leistungen aus diesem Bereich abgerufen. Trotz der bereits bundesgesetzlich eingeführten Antragsfreiheit nimmt also nur ein geringer Teil der Eltern für ihre Kinder diese Leistung in Anspruch.

Es gibt keine umfassende Untersuchung darüber, warum das so ist, aber es lassen sich grundsätzlich drei Thesen dazu aufstellen:

1. Eltern wissen gar nicht, dass es diese Leistung gibt und wie sie sie erhalten können.
2. Der Weg, diese Leistung zu erhalten, ist immer noch zu aufwendig für die Eltern.
3. Die Höhe der Leistung im Verhältnis zu den darüber hinaus zu erbringenden eigenen Aufwendungen der Familien ist nicht ausreichend.

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat ist der Auffassung, dass diese niedrige Inanspruchnahmequote politisch nicht hingenommen werden kann. Deshalb soll die Verwaltung für alle drei Hinderungsvermutungen Gegenmaßnahmen ergreifen. Das betrifft sowohl eine verbesserte Information als auch Möglichkeiten eines noch weiter vereinfachten Zuganges und die Erhöhung der Leistungen.

Insbesondere dann, wenn Eltern auf diese Leistung verzichten, weil sie im Verhältnis zu den verbliebenen eigenen Aufwendungen zu niedrig ist sind, ist politisches Handeln geboten, weil hier anzunehmen ist, dass die betroffenen Kinder wegen der Armut ihrer Eltern vom sozialen und kulturellen Leben ausgeschlossen sind und bleiben.

André Schollbach  
Fraktionsvorsitzender